

Die aktuelle Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus in Europa

Autor(en): **Goertz, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **187 (2021)**

Heft 3

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-917142>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die aktuelle Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus in Europa

Bis zum Herbst 2020 war es in den meisten Medien und bei den meisten europäischen Politikern um die Bedrohung durch islamistische Terroristen in Europa ruhig geworden. Dabei hatten die hohe Zahl islamistischer Gefährder und Jihad-Rückkehrer sowie die Zahl der von Polizei- und Verfassungsschutzbehörden in Europa verhinderten islamistischen Anschläge schon seit Jahren eine konkrete und hohe Bedrohung der inneren Sicherheit Europas durch islamistische Terroristen nachgewiesen.

Stefan Goertz

Im Zeitraum 2000 bis 2020 haben Polizei- und Verfassungsschutzbehörden in Europa über 40 islamistische Anschläge (!) verhindert. In den Jahren 2015 bis 2017 töteten islamistische Terroristen in Europa mehr als 300 Menschen. Im Jahr 2019 wurden in Europa 436 Tatverdächtige im Bereich islamistischer Terrorismus in 15 Ländern festgenommen, davon 202 in Frankreich.¹ Nach Angaben von Europol besaßen mehr als 70% der 436 festgenommenen Tatverdächtigen die Staatsangehörigkeit des jeweiligen EU-Landes. In den letzten Jahren kämpften über 6000 Europäer für den Islamischen Staat in Syrien und im Irak, darunter ca. 850 Briten und über 1060 Deutsche, dazu 77 islamistische Terroristen aus der Schweiz. Alleine die deutschen Sicherheitsbehörden zählen aktuell über 28 000 Islamisten in Deutschland, darunter über 12 000 Salafisten, 627 islamistische Gefährder (potenzielle Terroristen) und 513 «relevante Personen», welche die innere Sicherheit Deutschlands bedrohen.

Die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus in Europa war nie weg

Nachdem die europäische Politik und die europäischen Medien wenig hörbar über die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus in Europa berichtet hatten, wurde am 4. Oktober 2020 in Dresden ein mutmasslich homophober Anschlag von einem islamistischen Gefährder auf zwei Touristen aus Nordrhein-Westfalen verübt, ein Mann ermordet, ein weiterer schwer verletzt. Wenige Tage später, am 16. Oktober 2020, wurde der französische Lehrer Samuel Paty, der im

Unterricht Mohammed-Karikaturen besprochen hatte, in einem Pariser Vorort enthauptet. Am 29. Oktober 2020 wurden durch einen islamistischen Anschlag mit Messern in der Kirche Notre Dame in Nizza drei Menschen ermordet. Einer Frau wurde beinahe der Kopf abgetrennt. Am 2. November 2020 wurde der erste islamistische Anschlag in Wien verübt, ein österreichisch-nordmazedonischer islamistischer Gefährder tötete in einem Wiener Ausgehviertel (kurz vor Beginn der Corona-Lockdown-Massnahmen) vier Menschen und verletzte über 20, darunter einen Polizisten. Der österreichische-nordmazedonische Gefährder war wegen einer versuchten Ausreise zum IS nach Syrien zu einer 22-monatigen Haftstrafe verurteilt worden, vorzeitig entlassen und hatte an einem Deradikalisierungsprogramm teilgenommen. Durch

diese vier islamistischen Anschläge im Herbst 2020 wurden neun Menschen getötet und über 30 weitere – teilweise schwer – verletzt.²

Massnahmen der Terrorismusabwehr der EU

Nachdem von 2004 bis 2014 sechs islamistische Anschläge in Europa verübt worden waren und allein im Jahr 2015 sieben islamistische Anschläge in Europa verübt bzw. von den Sicherheitsbehörden verhindert wurden, beschloss die EU seit 2015 verschiedene Massnahmen zur Terrorismusabwehr. Zu den jüngsten Massnahmen der EU auf diesem Gebiet zählen nach eigenen Angaben:

- Verbesserung des Informationsaustausches der Sicherheitsbehörden der EU-Mitgliedstaaten;
- verschärfte Kontrollen an den EU-Ausgangspunkten;

Basilique Notre-Dame de Nice. Bild: wikipedia





Bild: wikimedia commons

Gedenken an die Anschlagstopfer vom 2. November 2020 in Wien.

- Prävention terroristischer Radikalisierung über das Internet;
- Digitalisierung der justiziellen Zusammenarbeit;
- effektivere strafrechtliche Verfolgung von terroristischen Straftaten;
- Unterbindung der Terrorismusfinanzierung;
- Harmonisierung der Verwendung von Fluggastdaten;
- Stärkung der Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Ländern.³

Verbesserter Informationsaustausch

Ausgewählte Massnahmen der Terrorismusabwehr der EU werden hier kurz dargestellt:

Ein wirksamer Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungs- und Justizbehörden sowie Nachrichtendiensten in den EU-Mitgliedstaaten ist nach Angaben der EU im Hinblick auf die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, hierbei auch in Bezug auf die Verfolgung ausländischer Kämpfer (Foreign Fighters) von entscheidender Bedeutung. So suche die EU aktuell nach Lösungen, wie Informationen aus internationalen Kampfgebieten besser gesammelt, ausgetauscht und genutzt werden können. Die Ziele der EU hierbei seien ein verbesserter Datenzugriff für Grenzschutzbeamte über die einschlägigen EU-Datenbanken sowie eine Verbesserung der strafrechtlichen Ermittlung und der Strafverfolgung. Im Jahr 2019 nahm der Rat der EU zwei Verordnungen an, mit denen ein Rahmen für die Interoperabilität zwischen EU-Informationssystemen

geschaffen wird, der beim Grenz-, Sicherheits- und Migrationsmanagement Unterstützung leistet.⁴

Europol, die Agentur der EU für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung, unterstützt den Informationsaustausch zwischen nationalen Polizeibehörden. Im Jahr 2016 beauftragte der Rat der EU die Agentur mit der Einrichtung des Europäischen Zentrums zur Terrorismusbekämpfung (ECTC), um die Terrorismusbekämpfung zu intensivieren.

In den letzten Jahren hat die EU auch das Mandat anderer EU-Agenturen im Bereich Justiz und Inneres gestärkt (Eurojust, Frontex, CEPOL und eu-LISA), um die Bemühungen der Mitgliedstaaten zur Terrorismusbekämpfung zu unterstützen.

Neben ihren Bemühungen um die Verbesserung der Interoperabilität arbeitet die EU auch an der Verbesserung bestehender Datenbanken. So hat der Rat der EU 2018 neue Vorschriften zur Stärkung des Schengener Informationssystems (SIS) angenommen, mit denen neue Arten von Ausschreibungen wegen Fällen im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten eingeführt wurden.⁵

Prävention terroristischer Radikalisierung über das Internet

(Islamistische) Terroristen missbrauchen das Internet, um ihre Botschaften zu verbreiten, die auf Einschüchterung, Radikalisierung, die Rekrutierung neuer

Mitglieder und Unterstützung bei der Verübung von Terroranschlägen abzielen. Durch die Online-Kommunikation können (islamistische) Terroristen leichter grenzüberschreitend kommunizieren und hat auch die Verbreitung von terroristischer Propaganda und Extremismus zugenommen. Im Dezember 2020 haben der Rat der EU und das Europäische Parlament eine vorläufige Einigung über den Entwurf einer Verordnung zur Bekämpfung terroristischer Online-Inhalte erzielt. Zu den Massnahmen gehört unter anderem eine einstündige Frist, innerhalb deren Inhalte infolge einer Entfernungsanordnung der zuständigen nationalen Behörden zu löschen sind. Die vorgeschlagenen Vorschriften werden für Unternehmen gelten, die Hosting-Dienste in der EU anbieten, wobei es unerheblich ist, ob sie ihre Hauptniederlassung in den Mitgliedstaaten haben. 2015 hat der Rat der EU Europol mit der Einrichtung eines speziellen Referats zur Bekämpfung terroristischer Propaganda im Internet beauftragt. Aufgabe der EU-Meldestelle für Internetinhalte (EU IRU) ist es, terroristische und gewaltverherrlichende extremistische Online-Inhalte zu ermitteln und die Mitgliedstaaten in dieser Angelegenheit zu beraten.⁶

Akteure der europäischen Terrorismusabwehr

Das EU Intelligence Analysis Centre (EU INTCEN)

Das EU Intelligence Analysis Centre gehört zum Europäischen Auswärtigen Dienst der Europäischen Union und hat nachrichtendienstliche Aufgaben. Eine besondere Rolle spielt das EU INTCEN bei der Vermittlung und Vernetzung der Nicht-EU-Staaten und der EU durch den Berner Club. Das EU INTCEN verfügt aber nicht über eigene Aufklärungskapazitäten, sondern erhält seine Informationen von den Nachrichtendiensten der Mitgliedsstaaten, den rund 140 EU-Delegationen (EU-Auslandsvertretungen) sowie aus weiteren EU-Institutionen, unter anderem den EU-Beobachtermissionen (EUMM), dem Intelligence Directorate des EU-Militärstabs und dem Satellitenzentrum der EU (EUSC).⁷

Das European Counter Terrorism Centre (ECTC)

Das European Counter Terrorism Centre (ECTC) soll zu einem zentralen Service-Dienstleister für die EU-Mitglied-

staaten ausgebaut und ein sogenanntes *Operational Steering Board* eingerichtet werden. Besetzt mit den Leitern der Terrorismusabwehrabteilungen der nationalen Zentralstellen soll dort die Arbeit des ECTC strategisch ausgestaltet und koordiniert werden. Hierzu gehört auch die Einrichtung von staatenübergreifenden Teams, die sich gemeinsam identifizierter Schwerpunktthemen annehmen und kurzfristig Handlungsempfehlungen und Massnahmen für eine verbesserte Bekämpfung des internationalen Terrorismus entwickeln.

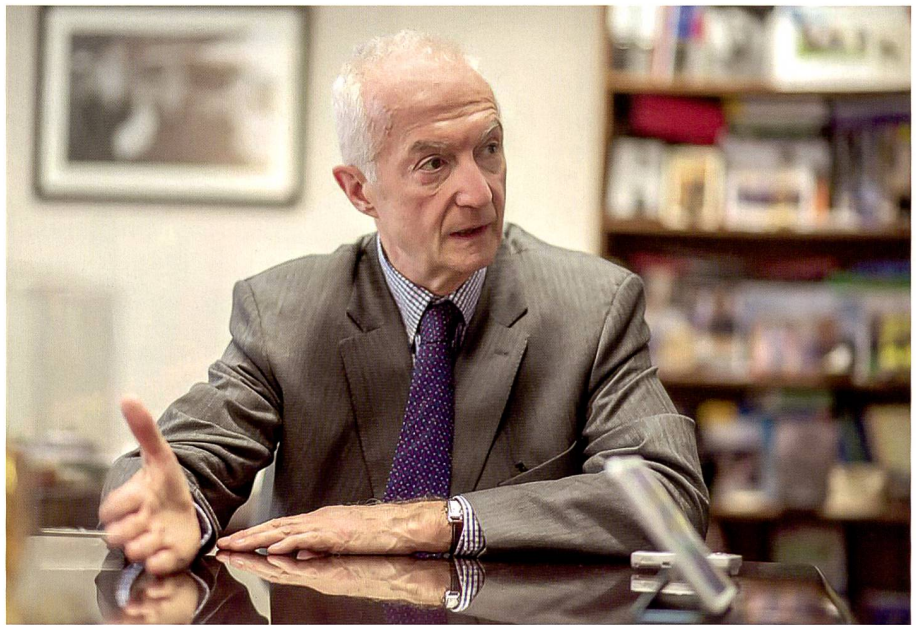
Im Einzelnen sind die Arbeitsaufträge des ECTC auf *Foreign Fighters* terroristischer Organisationen, die Finanzierung von Terrorgruppen, die Terrorpropaganda im Internet sowie den illegalen Waffenhandel fokussiert und die Analysen des ECTC sollen laufende Europol-Ermittlungen unterstützen. Darüber hinaus soll das ECTC den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten im Falle von terroristischen Anschlägen helfend zur Seite stehen.⁸

Koordinator für Terrorismusbekämpfung

Die Führungsspitzen der EU verabschiedeten nach den Terroranschlägen vom 11. März 2004 in Madrid eine Erklärung zur Terrorismusbekämpfung und kamen überein, als Teil der darin vorgesehenen Massnahmen die Stelle eines EU-Koordinators für die Terrorismusbekämpfung einzurichten. Daraufhin wurde am 19. September 2007 Gilles de Kerchove von Javier Solana, dem damaligen Hohen Vertreter der EU für die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik, zum Koordinator für die Terrorismusbekämpfung ernannt.

Der Koordinator für die Terrorismusbekämpfung ist unter anderem zuständig für:

- die Arbeit des Europäischen Rates in Bezug auf die Terrorismusbekämpfung zu koordinieren;
- Politikempfehlungen vorzulegen und dem Rat prioritäre Handlungsbereiche vorzuschlagen;
- die Umsetzung der EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung zu überwachen;
- eine Übersicht über alle EU-Instrumente zu führen, dem Rat Bericht zu erstatten und die Beschlüsse des Rates weiterzuverfolgen;
- sich mit den einschlägigen Vorbereitungsorganen des Rates, mit der Kommission und mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) abzustimmen;



Gilles de Kerchove, EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung. [europa.eu](http://europa.eu/parl.europa.eu)

- zu gewährleisten, dass die EU eine aktive Rolle bei der Terrorismusbekämpfung spielt;
- die Kommunikation zwischen der EU und Drittländern zu verbessern.⁹

Die Police Working Group on Terrorism

Der «Police Working Group on Terrorism» (PWGT) gehören mit den EU-Mitgliedsstaaten sowie Grossbritannien, Norwegen, Island, der Schweiz und Kroatien 32 Staaten an. Die Ziele der PWGT sind folgende:

- ein Forum zur Förderung, Verbesserung, Verbreitung und zum Austausch von Informationen und Erkenntnissen und zur operativen Zusammenarbeit einzurichten;
- terroristische und politische gewalttätige Aktivitäten zu verhindern;
- relevante Fachkenntnisse und Erfahrungen zu teilen;
- Harmonisierung bei internationalen Polizeiermittlungen zu terroristischen Verbrechen oder gewalttätigen politischen Aktionen zu schaffen;
- Informationen zu Zwischenfällen schnell und genau auszutauschen.¹⁰

Fazit

Der islamistische Terrorismus gehört seit spätestens 2015 zu den wesentlichen Bedrohungen der inneren Sicherheit der EU. Die EU hat seither verschiedene Massnahmen zur Terrorismusabwehr getroffen und verschiedene Akteure

dafür installiert. Die Dutzenden in Europa verübten islamistischen Anschläge in Europa verdeutlichen, dass die Terrorismusabwehr der EU effizienter werden muss, so schnell wie möglich, denn zahlreiche Menschenleben stehen auf dem Spiel. ■

- 1 <https://www.europa.eu/parl.europa.eu/news/de/headlines/security/20180703STO07125/terrorismus-in-der-eu-anschlage-todesopfer-und-festnahmen-im-jahr-2019> (4.1.2021).
- 2 Goertz, S. (2020): Die Bedrohung durch islamistische Terroristen war nie weg! Eine aktuelle Analyse, in: *Kriminalistik* 12/2020, S. 715.
- 3 <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/fight-against-terrorism/#> (4.1.2021).
- 4 Ebd.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 Goertz, S. (2020): Terrorismusabwehr. Zur aktuellen Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus in Deutschland und Europa, 3. Auflage, S. 154.
- 8 Jäger, T. (2016): Europäische Sicherheitskooperation. Bestandsaufnahme und Handlungsfelder. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 43–45/2016, S. 21–28; Goertz 2020, S. 155.
- 9 <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/fight-against-terrorism/counter-terrorism-coordinator/> (4.1.2021).
- 10 Deutscher Bundestag (2013): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (Europäische Zusammenarbeit in der Police Working Group on Terrorism), 10.5.2013, Bundestagsdrucksache 17/13440, S. 2.



Oberstleutnant d.R.
Prof. Dr. Stefan Goertz
Prof. für Sicherheitspolitik
Bundespolizei
Hochschule des Bundes
D-23562 Lübeck

SAMP/T

Langstrecken-Boden-Luft-System



Die **europäische**
Lösung zum
Schutz der
Souveränität
der Schweiz



Mobilität

Schneller Einsatz auf Schweizer Strassen



Einfachheit

Geeignet für Miliz-System



Einsatzertprobt

Ständiger Schutz des Luftraums



Interoperabilität

Leicht in die Schweizer Luftverteidigung
zu integrieren



360°-Schutz

Rotierendes Radar und vertikaler
Lenkwaffenstart



Autonomie

Die Souveränität der Schweiz bewahren.



Innovative air defense

eurosam.com



DIESEN CODE FLASCHEN
ZUM HERUNTERLADEN
UNSERE BROSCHÜREN